Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

01.05.2015 Nr. 78

Inhalt:

30 Millionen Euro und blanke Nerven S. 1
CDU soll zu Sachentscheidungen zurückkehren S. 01
Runder Tisch zur Schadensbegrenzung gefordert S. 01
Papenburger CDU-Fraktion handlungsunfähig S. 02
Für einen 2. Arbeitsmarkt S. 02
Für langjährige Moorrenaturierung S. 02
Raske soll SPD-Vize sein S. 03
Kritik an Lagerung der Holzabfälle im Nordhafen S. 03
Kandidatensuche spitzt sich zu S. 04

Mai 2005

30 Millionen Euro und blanke Nerven

Bei der Papenburger CDU fliegen die Fetzen. Das Städtebau-Vorhaben am Untenende spaltet das konservative Parteilager.

Von Günter Radtke

PAPENBURG. Die CDU-Mehrheitsfraktion im Papenburger Stadtrat hat am vergangenen Montag im Gezänk um die geplante Bebauung des ehemaligen Rieke-&-Meyer-Geländes zwei ihrer prominentesten Mitglieder gemaßregelt. Ursula Mersmann und Friedhelm Führs wurden laut Fraktions-Chef Bernd Tegeder mit „entschieden dunkelgelben Karten verwarnt". Sie hatten eine andere Meinung als ihre Fraktionskollegen vertreten.

Der Aschendorfer Friedhelm Führs und die Papenburgerin Ursula Mersmann hatten wenige Tage zuvor während einer Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses (VA) nicht die Meinung der übrigen fünf CDU-Mitglieder geteilt. Sie hatten dafür plädiert, dem Deverpark und nicht dem Großinvestor Bunte ein Parkplatz-Grundstück zwischen Deverpark und Bahngleisen zu geben. Das erzürnte Fraktionschef Bernd Tegeder so sehr, dass er auf der Stelle seinen Rücktritt androhte. Um den Frieden zu wahren, hatte Friedhelm Führs sich dann doch der Fraktionslinie angeschlossen. Mersmann war standhaft geblieben, hatte pro Deverpark votiert und das anschließend in der Zeitung noch begründet. Am vergangenen Montag gab es dafür von der eigenen Fraktion die Quittung: Führs wurde wegen „mangelnder Bereitschaft zur Gemeinsamkeit im Verwaltungsausschuss" von seinen eigenen Mitstreitern aufgefordert, auf seinen Sitz in dem Gremium zu verzichten. Mersmanns öffentliche Erklärung wurde von der Fraktion missbilligt. Ihre Begründung für ihr Abstimmungsverhalten sei im Umkehrschluss ein Angriff gegen die eigene Fraktion, erklärte Bernd Tegeder auf Anfrage. Auch sie sollte ihren Stuhl im Verwaltungsausschuss räumen.

Dafür, dass sie eine eigene Meinung vertreten, wurden Mersmann und Führs abgestraft

Tegeder sagte am Tag nach der Fraktionssitzung, der Fraktionsbeschluss vom Montag sei keine Abberufung aus dem Gremium, sondern eine Ermahnung.

Mersmann und Führs werden ihre Plätze im VA nun auch nicht hergeben, erklärten sie trotzig entschlossen auf Anfrage. Mit einer Abberufung Ursula Mersmanns aus dem VA hätte die CDU-Fraktion unwillkürlich auch „ihre" stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Papenburg aus dem Amt gejagt.

SPD-Ratsherr Peter Raske meinte zu den Tumulten bei der CDU wegen der Rieke-&-Meyer-Bebauung: „Es passieren da Dinge, die ganz schlimm sind. Ursula Mersmann ist ihrem Gewissen und der Stadt verpflichtet, aber nicht ihrer Partei."

Deshalb sei es ihr gutes Recht, eine andere Meinung zu vertreten. Bei der CDU werde zurzeit ein enormer Druck ausgeübt, um es dem Großinvestor Bunte recht zu machen.

Der Wecker 01.05.2005

CDU soll zu Sachentscheidungen zurückzukehren

Für die Fraktion aus SPD und GRÜNEN stellte sich nach den jüngsten Vorgängen in der CDU die Frage, ob deren Entscheidungen noch glaubwürdig und nachvollziehbar waren, wenn Sie ihre Entscheidung von der Rücktrittsdrohung ihres Fraktionsvorsitzenden abhängig machten.

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN glaubte dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Carsten Schüler nach seinem Leserbrief in der Ems-Zeitung, dass er der einzige Unabhängige sei. Wenn man ihm folgte, müsste man gleichzeitig davon ausgehen, dass alle anderen CDU-Ratsmitglieder durch Freundschaft oder Feindschaft bei den Entscheidungen über den Turmkanal befangen waren. Deshalb dürften sie nach Auffassung der SPD an zukünftigen Abstimmungen zu diesem Komplex nicht mehr teilnehmen.

Auf ihrer letzten Fraktionssitzung bekräftigte die Fraktion aus SPD und GRÜNEN noch einmal ihre Forderung, durch ein Rechtsgutachten bis zum 12. Mai Rechtssicherheit über die Kooperationsvereinbarung mit der Firma Bunte zu schaffen, insbesondere dahingehend, welche Haftungsfragen auf die Stadt und die Ratsherren zukommen könnten bei Entscheidungen gegen den Kooperationspartner. Waren die Verwaltung und Rat noch Herr des Verfahrens? Außerdem wollte die SPD wissen, wer zukünftig für die Durchführung des Planes am Turmkanal verantwortlich war, eine Investorengruppe oder die Firma Bunte?

In allen diesen Fragen wäre nunmehr die Verwaltung in der Verantwortung. Nur mit Klarheit und Wahrheit seitens aller Verfahrensbeteiligten war die Sache überhaupt noch zu retten.

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN drängte auch auf eine Überprüfung der Frage, wer in der Verwaltung Verantwortung für Entscheidungen trug oder ob es zu einem Nebeneinander von Entscheidungen gekommen war, das jetzt zu Irritationen bis hin zu den Entscheidungen in den Fachausschüssen führte. War der gewählte Bürgermeister noch Chef der Verwaltung oder hatte die Mehrheitsfraktion insgeheim ihren Bürgermeisterkandidaten mit der Führung der Geschäfte der Stadt betraut?

Runder Tisch zur Schadensbegrenzung gefordert

Wegen des drohenden Scheiterns der Bauprojekte Rieke & Meyer, Deverpark und OBI drängte die SPD auf eine sofortige Klärung der augenblicklichen Situation und die Einrichtung eines Runden Tisches. Im Vordergrund der Entscheidungen müsste die Stärkung des Einkaufsstandortes Papenburg stehen.

Mit tiefer Sorge nahm man das aktuelle Geschehen in der CDU-Stadtratsfraktion zur Kenntnis: „Wenn die Zitate stimmen, die der gerade zurückgetretene Fraktionschef Tegeder über die Fraktion äußerte, hatte die CDU ihre eigene Handlungsunfähigkeit öffentlich eingestanden und aus der Mehrheitsfraktion ist eine führerlose Interessenvertretung für eigene Vorteile geworden;" so der SPD-Ratsherr Wilhelm Kröger. Die CDU müsste zu einer Politik zum Wohle der Bürger Papenburgs zurückkehren.

Damit nicht noch mehr Schaden für die Stadt entstünde, schlug die SPD vor, dass sich die Verwaltung und die drei im Rat vertretenen Fraktionsspitzen zu einem ersten parteiübergreifenden Gespräch treffen sollten. „In einem solchen Gespräch muss zunächst eine von Klarheit und Wahrheit geprägte schonungslose Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation gemacht wer-

den;“ sagte Fraktionschef Hartmut Bugiel am Rande der Sitzung des Verwaltungsausschusses. Nur mit einer gemeinsamen Anstrengung Aller könnte das Scheitern der Bauprojekte noch verhindert werden.

Als nächsten Schritt erwartete die SPD dann sofort eine Gesprächsrunde mit allen Projektbeteiligten unter Leitung des Bürgermeisters. Hierzu zählten dann neben Bunte und Ewers auch die MEAG, REAL wie auch OBI.

Papenburger CDU-Fraktion handlungsunfähig

Mit großer Sorge beobachtete die SPD die unübersehbare Handlungsunfähigkeit der CDU-Stadtratsfraktion. Jüngste Auswirkung war die Absage der Sondersitzung des Stadtrates, in der wichtige Weichen für die Entwicklung des Rieke & Meyer-Geländes gesetzt werden sollten.

Ein Grund für die Absage war der nach wie vor ungeklärte Posten des Fraktionsvorsitzes. Drei Fraktionsvorsitzende (Kleinhaus, Schüler und Tegeder) wurden entweder abgewählt oder solange von den unterschiedlichsten Cliquen innerhalb der Fraktion drangsaliert, bis sie von selbst aufgaben.

„Hermann Nehe ist gut beraten, dieses Amt nicht anzutreten, wenn man bedenkt, was die CDU in der Vergangenheit mit ihm alles gemacht hat“, so SPD-Ratsmitglied Wilhelm Kröger.

Der frühere Ratsvorsitzende Hermann Nehe durfte aus parteitaktischen Gründen zu Beginn dieser Wahlperiode nicht wieder für dieses Amt kandidieren, sollte aber jetzt in Ermangelung echter Alternativen Fraktionsvorsitzender werden.

Weil die CDU-Fraktion aber auch in den grundlegenden Sachfragen zu Rieke & Meyer, Deverpark usw. noch immer hoffnungslos zerstritten war, würden wichtige sofort zu treffende Entscheidungen blockiert. Die SPD appellierte deshalb an die CDU, zumindest wegen der unaufschiebbaren Entscheidungen die Selbstzerstörung zu unterbrechen und die Handlungsfähigkeit des Stadtrates nicht länger zu blockieren. Hierzu wäre es unverzichtbar, dass weitere Mitglieder der CDU-Fraktion dem Beispiel Tegeder folgten und ihr Mandat zurückgeben.

Für einen 2. Arbeitsmarkt

Der SPD-Ortsverein Papenburg diskutierte auf seiner Ortsausschusssitzung mit Betroffenen und Fachleuten die ersten Erfahrungen mit Hartz IV und Arbeitslosengeld II. Für die Agentur für Arbeit berichtete Hans-Josef Voss und für die Stadtverwaltung Wolfgang Rüther über die ersten Monate der Umsetzung von Hartz IV in Papenburg.

Seit Januar 2005 war die Stadt Papenburg für alle Hilfebedürftigen aus dem Stadtgebiet Ansprechpartner in allen Fragen zu dem neuen Rechtsgebiet. In einem neuen Bereich „Arbeit und Soziales“ wurden die Hilfebedürftigen von den zuständigen Mitarbeitern umfassend in einer Erst- und Auswegberatung informiert. Wolfgang Rüther und Hans-Josef Voss berichteten, dass die Umstellung noch nicht voll abgeschlossen wäre.

Überrascht wurde man von der hohen Anzahl von Fällen. Hatte man ursprünglich mit 1.200 Fällen gerechnet, so stellte sich jetzt heraus, dass rund 1.700 Fälle zu betreuen waren. Es war zu dem Zeitpunkt noch nicht genügend Personal vorhanden. So waren erst 5 der für Papenburg geplanten 10 Fallmanager eingestellt. Außerdem benötigte man für die nicht geplanten zusätzlichen Fälle mehr Personal.

Hinter den 1.700 Fällen verbargen sich 2.500 Personen, die in Bedarfsgemeinschaften lebten. Das Ausgabenvolumen würde von 390.000 Euro im Januar auf bis zu 1,4 Mio. Euro pro Monat im Juni anwachsen. 40 % der Arbeitslosengeld-II-Empfänger waren Getrenntlebende. 1.200 Personen waren unter 25 Jahre alt. Für eine Aussage über Erfolge hinsichtlich der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, in Qualifizierungsmaßnahmen oder Starterjobs war es für Papenburg noch zu früh. Der Bewilligungszeitraum für Arbeitslosengeld II betrug 6 Monate. Dann musste ein neuer Antrag bzw. ein „abgespeckter“ Veränderungsantrag von den Betroffenen gestellt werden. Damit es hier keine Probleme gab, hatte man sich in entschlossen, einen Monat vor Ablauf der Bewilligung den Betroffenen den Antrag zuzuschicken.

Auf die Frage aus der Versammlung, ob mit der Umstellung auf Hartz IV neue Arbeitsplätze geschaffen würden, vertraten die Vertreter der Agentur für Arbeit und der Stadt einhellig die Meinung, dass davon nicht auszugehen wäre.

Nachdem noch konkrete Probleme aus der Versammlung heraus erörtert wurden, erhob SPD-Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Bugiel zum Abschluss die Forderung nach dem Einstieg in einen 2. Arbeitsmarkt und Roland Seemann kündigte an, dass die SPD in drei bis vier Monaten dieses Thema wieder aufgreifen werde.

Für langjährige Moorrenaturierung

Thema der Fraktionssitzung war die langfristige geplante Ausweisung eines Naturschutzgebietes „Aschendorfer Moor / Wildes Moor“. Die Fraktion kritisierte die Aussagen von Umweltminister Sander in Papenburg, Umweltmaßnahmen kompromisslos den Interessen von Landwirten, Gartenbaubetrieben und Jägern unterzuordnen.

Das Gebiet war überwiegend in Landesbesitz und umfasste ca. 1.100 ha. Davon gehörten bereits der überwiegende Teil zum geschützten Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, FFH-Gebiet bzw. 28a-Biotop. Verpachtete, bewirtschaftete Flächen sollten nach Ablauf der Abtorfgenehmigungen nach 2010 bzw. 2013 wieder vernässt werden.

Der Umweltausschuss und die Stadtverwaltung hatten Anfang 2004 ihre Zustimmung für die Unterschutzstellung gegeben und es begrüßt, langfristig ein Naturschutzgebiet “Aschendorfer Obermoor / Wildes Moor“ zu schaffen. Für die Pächter

waren langfristige Anpassungen mit Entschädigungen nach dem Vertragsnaturschutz vorgesehen.

Durch die Lobbyarbeit von Landvolk und unter dem „Diktat knapper Kassen“ sollten jetzt über die Köpfe des Landesamtes für Naturschutz und ohne mit den Umweltverbänden gesprochen zu haben, vorbildlich verfasste Planungen der Naturschutzbehörde negiert werden, obwohl überhaupt kein Handlungsbedarf vorhanden war.

Für Ratsherr Gottfried Sandmann ergaben sich eine Reihe von ungeklärten Konsequenzen auch bezüglich der FFH-Verpflichtung. Er schlug vor, dem ursprünglichen Plan der Bezirksregierung zu folgen und die Unterschutzstellung mit Rücksicht auf betroffene Landwirte und Gärtner in mehreren Schritten vorzunehmen.

Peter Raske soll SPD-Vize sein

PAPENBURG. Auf ihrer jüngsten Mitgliederversammlung bereitete sich die Papenburger SPD auf den am 9. Juli in Sögel stattfindenden Kreisparteitag vor. Neben Delegiertenwahlen stand ein Antrag für den Kreisparteitag zur Körperschaftssteuer im Mittelpunkt. Der Papenburger SPD-Ortsverein vertritt die Auffassung, dass nur durch eine massive Stärkung der kommunalen Investitionskraft Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Die Mitglieder beauftragten Roland Seemann, mit einer Arbeitsgruppe Anträge für den Kreisparteitag zur Programmdebatte und zur Kapitalismuskritik zu formulieren. Als Delegierte für den SPD-Kreisparteitag in Sögel wurden nominiert: Bernhard Bloem, Hartmut Bugiel, Wilhelm Kröger, Hermann Hartkens, Roland Seemann, Waltraud Seemann, Klaus Stege, Thomas Witolla. Die Papenburger Mitgliederversammlung schlägt dem SPD-Kreisparteitag den Papenburger Peter Raske zur Wiederwahl als stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden vor.

Der Wecker 22.05.2005

Kritik an Lagerung der Holzabfälle im Papenburger Nordhafen

Nach dem Brand auf dem Gelände des Holzlagers Biro sah die SPD-Fraktion ihre Sicherheitsbefürchtungen bestätigt. Sie war besorgt über eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt durch das Altholzlager der Firma Biro. Aus diesem Grund richtete die SPD-Fraktion eine Anfrage an die Stadt Papenburg nach dem Sachstand unter besonderer Würdigung der Verursachungsgründe. Gleichzeitig dankte die Fraktion der Feuerwehr für den erfolgreichen Einsatz.

Es könnte nicht länger hingenommen werden, dass immer mehr Holzabfälle unter freiem Himmel am Nordhafen angesammelt würden. Häufigen Klagen von Bürgern, insbesondere aus Völlen über starke Geruchsbelästigungen mit der Folge von Kopfschmerzen müsste endlich Rechnung getragen werden. Die SPD zeigte sich auch besorgt über die Auswirkungen für den Gemüsebau.

Nach dem Brand, an dem eine große Anzahl von Feuerwehrleuten über mehrere Stunden mit der Bekämpfung beschäftigt waren, sollte die Verwaltung Auskunft darüber geben, welche Gefahren der Luftverschmutzung entstanden und entstehen könnten und ob gesundheitsgefährdende Stoffe wie z.B. Dioxin im Rauch enthalten waren. Gleichzeitig wollte die Fraktion wissen, wann endlich der jetzige Holzlagerplatz zum Biomasseholzkraftwerkes verlagert würde.

Kandidatensuche spitzt sich zu

Die Emsland-SPD hätte mit Hartmut Bugiel einen Nachfolger für Reinhold Robbe. Ob er in Leer ankommt, ist fraglich.

Von Timo Sager

Leer/Emsland. Die SPD steht weiterhin ohne einen Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Unterems da. Den Genossen gelang es bisher nicht, einen Nachfolger für den Bunder Reinhold Robbe zu finden. Der hatte aufgrund seiner Wahl zum Wehrbeauftragten des Bundestages sein Mandat niederlegen müssen.

Im Gespräch um die Nachfolge im Wahlkreis 26, zu dem der Kreis Leer und der nördliche Teil des Emslandes gehören, ist der Fraktionsvorsitzende der SPD im Papenburger Stadtrat, Hartmut Bugiel. Der 50-jährige Bugiel wäre der erste Bundestagskandidat im Wahlkreis Unterems, der nicht aus dem Kreis Leer kommt. Er hat sein Interesse bekundet und findet auch bei der emsländischen SPD Unterstützung. „Wir halten Hartmut Bugiel für einen ausgezeichneten Kandidaten und würden ihn gerne ins Rennen schicken", sagte der stellvertretende Vorsitzende der Emsland-SPD, Peter Raske aus Papenburg dem „Wekker".

„Wir wollen keine Kampfabstimmung"
Peter Raske

Allerdings mit einer Einschränkung: Bugiels Kandidatur müsste Aussicht haben, auch von den Leeraner Sozialdemokraten akzeptiert zu werden. „Wir sind guter Hoffnung, dass wir unseren Kandidaten durchkriegen, wollen aber keine Kampfabstimmung", sagte Raske.

Auf die könnte es aber hinauslaufen. Denn obwohl die Genossen in Leer sich bei der Kandidatensuche sowohl von der Landtagsabgeordneten Johanne Modder als auch von Bettina Stöhr aus Moormerland eine Absage eingehandelt haben, wollen ihre Bemühungen fortsetzen. Die stellvertretende Kreisvorsitzende Hermine Mahr sagte dem „Wecker", sie sei zuversichtlich, dass die Partei nach der Vorstandssitzung in der kommenden Woche einen Kandidaten vorstellen könne.

Auf die „Lösung Bugiel" reagierte sie äußerst zurückhaltend: „Er ist im Leeraner Bereich nicht bekannt." Das sei für einen Kandidaten keine günstige Voraussetzung. Mahr geht davon aus, dass auf der entscheidenden Wahlkreiskonferenz am 1. Juli in Rhede mehrere Kanditaten zur Wahl stehen. Mindestens einer davon werde aus dem Kreis Leer kommen.

Der Wecker 29.05.2005